
Bastian Fleermann

„In Düsseldorf wird durchgegriffen“

Die städtischen Beigeordneten Gustav Reuter,
Herbert Haas und Friedrich Odenkirchen
und die „Säuberungen“ im Rathaus 1933

Die ersten Wochen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler standen im Zeichen eines permanenten Wahlkampfes. Zwecks Neuwahlen im März waren der Reichstag und auch die Kommunalvertretungen am 1. Februar 1933 aufgelöst worden. Am 5. März standen somit zunächst die Wahlen zum Reichstag (und in Preußen zum Landtag) an, eine Woche darauf, am 12. März, waren in Preußen die Kommunalwahlen (Gemeinderäte, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage) und die Wahlen zu den preußischen Provinziallandtagen angesetzt. Alle diese Wahlen und auch die Wahlkämpfe fanden nicht mehr unter demokratischen Spielregeln statt, sondern sie waren von Festnahmen, Straßenterror und aggressiven Pressekampagnen begleitet, wobei insbesondere die Parteien der Arbeiterbewegung unter starken Druck gerieten. Die Mandate der Kommunisten wurden annulliert, sofern die Inhaber nicht sowieso schon in „Schutzhaft“ genommen worden waren. Die Wahlkampfarbeit von KPD und SPD wurde behindert und praktisch unmöglich gemacht.

Die preußischen Kommunalwahlen wurden von der nationalsozialistischen Presse mit zwei Slogans begleitet: „Wir stürmen die Rathäuser“ oder ähnlich lautete der eine und „Wir säubern die Rathäuser“ hieß der andere. Der Erste meinte die Wahlen und die Stimmenanteile in den Stadtverordnetenversammlungen und das enorme Anwachsen der dortigen NSDAP-Fraktionen. Der Zweite zielte auf das Image vom „Großreinemachen“ oder „Ausmisten“ innerhalb der Verwaltung. Damit meinte die NS-Propaganda das „Aufräumen“ in den Amtsstuben und Büros. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte wurden unter fadenscheinigen Argumenten und mittels fingierter Vorwürfe aus ihren Ämtern getrieben, unliebsame Spitzenbeamte „beurlaubt“ oder mit Drohungen durch SA-Kommandos aus den Rathäusern regelrecht verjagt. Von Anfang an ging es bei diesen symbolischen „Eroberungen“ nicht nur um das Hissen der Hakenkreuzflaggen auf den Rathhaustürmen oder die Einsetzung neuer (Ober-)Bürgermeister, son-

dern auch die leitenden (Wahl-)Beamten, die den demokratischen Parteien angehörten, gerieten rasch ins Visier der neuen Machthaber. Vielfach setzten die Gauleiter „Sonderbevollmächtigte“ ein oder wurden selbst zu „Staatskommissaren“ ernannt, die dann den großen Personalaustausch betrieben: Altgediente Verwaltungsbeamte wurden vertrieben, treue Parteigenossen, so genannte „Alte Kämpfer“ und überzeugte Nazis wurden auf die nun frei gewordenen Stellen gehievt. Das mochte bei den mittleren Beamten, den Tarifangestellten und Arbeitern halbwegs funktionieren. Bei den Beigeordneten hingegen rissen die „Säuberungen“ große Kompetenzlücken, die von neu eingesetzten und völlig unerfahrenen Laien kaum zu schließen waren: Promovierte Verwaltungsjuristen, die zwanzig oder mehr Dienstjahre in der gehobenen Kommunalverwaltung hinter sich hatten, konnten in der Praxis nicht einfach durch „treue“ und ideologisch standfeste Nationalsozialisten ersetzt werden, die in der Sache jedoch vollkommen inkompetent und überfordert waren. Sowohl die „abgesägten“ (Ober-)Bürgermeister als auch die Dezernenten hinterließen große Fußspuren. Es sollte Jahre dauern, bis dieser „brain drain“ einigermaßen wieder ausgeglichen war.¹

Der Katalog von Anschuldigungen, mit denen die Stadtoberhäupter allerorten konfrontiert wurden und die zumeist auch medial voll ausgeschlachtet wurden, war so wenig kreativ wie überschaubar: Meistens ging es um angeblich dubiose Hinterzimmergeschäfte, Fälle von aktiver oder passiver Bestechlichkeit, „Aktenbeseitigung“ oder sonstigen Verfehlungen. Die Akteure wurden als „Parteibuchsoldaten“ oder „Bonzen“ geschmäht, die „Altparteien“ als korrumpiertes Netzwerk und die bürgerliche Presse als „Lügenpresse“ diffamiert. Horst Lademacher schreibt hierzu, man habe sich typischerweise „Verdächtigungen und Verleumdungen“ sowie Drohungen und Einschüchterungen bedient, wobei die staatlichen Instanzen, also etwa die Polizei oder die Justiz, „keinen Finger zur Verteidigung der Bedrohten“ gerührt hätten. Zu den stereotyp hervorgebrachten Vorwürfen zählten Lademacher zufolge Korruption und finanzielle Unregelmäßigkeiten. Das

1 Vgl. Thomas Schaarschmidt, „Machtergreifung“ auf kommunaler Ebene, in: Michael Bienert/Lars Lüdicke (Hg.), *Preußen zwischen Demokratie und Diktatur. Die Durchsetzung der NS-Herrschaft in den Zentren und der Peripherie 1932–1934*, Berlin 2020, S. 31–50; Michael Wildt, „Machtergreifung“ in Preußen. Historischer Überblick und offene Forschungsfragen, in: Michael C. Bienert/Lars Lüdicke (Hg.), *Preußen zwischen Demokratie und Diktatur. Der Freistaat, das Ende der Weimarer Republik und die Errichtung der NS-Herrschaft 1932–1934*, Berlin 2018, S. 25–50. Zu den Kommunalverwaltungen insgesamt siehe Sabine Mecking/Andreas Wiersching (Hg.), *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft*, Paderborn 2005; Sabine Mecking, *„Immer treu“. Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik*, Essen 2003.

war neben der diskriminierenden Bloßstellung auch mit der arbeitsrechtlichen Möglichkeit verbunden, Dienststrafverfahren einzuleiten. Die Folge war, „daß von seiten der Aufsichtsbehörden, die hier voll mitspielen mußten und auch mitspielten, Beurlaubungen mit entsprechender Begründung ausgesprochen wurden.“ Während dieser Beurlaubungen traten dann Akteure aus der SS und der SA auf, besetzten die Rathäuser und ermöglichten es Kommissaren die Leitungen der Stadtverwaltung zu übernehmen. „Von Parteiseite wurden auch Untersuchungsausschüsse gebildet, die die Vorwürfe zu belegen hatten. Das zählte zur allgemeinen Verfahrenstechnik.“²

Und noch etwas geschah in diesen Februar- und Märztagen des Jahres 1933: Beamten:innen oder Angestellte aus den Stadtverwaltungen, aus den verschiedenen Ebenen der Administration, „outeten“ sich plötzlich als Nationalsozialist:innen, trugen offen Parteiabzeichen am Revers oder bekannten sich dazu, im privaten Ehrenamt schon jahrelang den Aufstieg der NSDAP mitgeprägt zu haben – ob als einfacher Parteigenosse, als Sympathisant:innen oder Wähler:innen oder sogar als aktiver SA-Mann im Wochenenddienst. Waren die Unterstützung oder Mitarbeit unter den demokratischen Bedingungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes relativ tabu, gab es in den ersten Wochen nach der Machtübertragung keinerlei ernst zu nehmende Hindernisse mehr, sich zu bekennen. Konflikte mit Vorgesetzten, die sowieso auf den Abschusslisten standen und deren „Beurlaubung“ unmittelbar bevorstand, konnten nun in Kauf genommen werden ohne die eigene Karriere einem wirklichen Risiko auszusetzen. Im Gegenteil: Opportunisten wie überzeugte Parteianhänger hofften, auf diese Weise die eigene Karriere zu beschleunigen. Auch diese, innerhalb weniger Wochen sich vollziehende Erosion alter Hierarchien prägte den Grundcharakter des Frühlings 1933 in den Amtsstuben, Büros und Vorzimmern. Auf diesen plötzlichen Schub hat schon Walter Först hingewiesen: In den kommunalen oder staatlichen Verwaltungen ließen diejenigen Beamten und Angestellten, die „schon länger der NSDAP anhängen, jetzt offen erkennen, was ihre Gesinnung war, die ersten Uniformen tauchten auf“. Und zeitgleich begann die nationalsozialistische Presse damit, sich kritisch mit den leitenden Männern der Städte zu beschäftigen, die für sie „örtliche Repräsentanten der ‚Systemzeit‘ waren.“³

2 Horst Lademacher, Machtergreifung in der Rheinprovinz, in: Dietrich Bracher u. a. (Hg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung. Der 30. Januar 1933 in Rheinland, Westfalen, Lippe, Düsseldorf 1983, S. 25–52, hier S. 46.

3 Walter Först, Rheinische Städte und ihre Oberbürgermeister während der Weimarer Zeit, in: Hugo Stehkämper (Hg.), Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag, Köln 1976, S. 531–596, hier S. 587.

1. Das „Absetzen“ der (Ober-)Bürgermeister in der Rheinprovinz

Im Rheinland waren es vor allem die prominenten Oberbürgermeister der großen Städte, die unter lautem Pressegetöse und nach massiven Drohungen ihre Stühle räumen mussten, weil sie angeblich eben solche „korrupten“ oder „volks-schädlichen“ Parteibuchsoldaten vom Zentrum, der DVP oder der SPD oder anderer Richtungen gewesen seien: so etwa in Köln Oberbürgermeister Konrad Adenauer (Zentrum) am 13. März,⁴ in Essen Heinrich Schäfer (Zentrum) am 5. April⁵, in Düsseldorf Robert Lehr (DNVP) am 12. April oder in Duisburg Karl Jarres (Deutsche Volkspartei) am 4./5. Mai 1933.⁶ Die bekannten Oberbürgermeister der größten rheinischen Städte waren politische Schwergewichte, deren Wirkung weit über die eigenen Stadtgrenzen hinausragten: Adenauer etwa war Präsident des preußischen Staatsrats (1921 bis 1933), Lehr verfügte über exzellente Kontakte in die Reichsregierung und zu den Spitzen des Staates Preußen und Jarres war in den 1920er Jahren Vizekanzler, Innenminister und Kandidat für die Reichspräsidentenwahl gewesen. Als Gegner der aufsteigenden NSDAP hatte sich Adenauer in Köln schon lange gezeigt. Die Konfliktsituation zwischen dem Gauleiter Josef Grohé und dem Oberbürgermeister spitzte sich Anfang März derartig zu, dass sie sich in einer regelrechten Hetzjagd entlud. Der Kölner Oberbürgermeister erhielt zahlreiche Warnungen und Drohungen, vor dem Rathaus wurde „Fort mit Adenauer“ und „Adenauer an die Mauer“ skandiert. Zu seinem vermeintlichen „Schutz“ wurden SA-Wachen zu seinem Privathaus geschickt. Gleichzeitig jedoch zogen SA-Mitglieder durch die Stadt und sie sammelten Geld unter der Parole: „Jeder Groschen ein Schuss gegen Adenauer!“ Die wichtigsten Treiber bei dieser Hetzjagd waren der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ und der Kölner Gauleiter, von denen Adenauer als „Judenknecht“, „Blutjude“ und jüdischer „Großprotz“ bezeichnet wurde. Dass er am 13. März zunächst das Rathaus, dann die Stadt verließ, verhinderte Schlimmeres – von einer öffentlichen Demü-

4 Vgl. Horst Matzerath, Köln in der Zeit des Nationalsozialismus, 1933–1945, Köln 2009, S. 76f.; Werner Jung, Köln von Konrad Adenauer bis zur NS-Herrschaft, in: Michael C. Bienert/Lars Lüdicke (Hg.), Preußen zwischen Demokratie und Diktatur Die Durchsetzung der NS-Herrschaft in den Zentren und der Peripherie 1932–1934, Berlin 2020, S. 169–190, hier S. 182; Günther Schulz (Hg.), Konrad Adenauer 1917–1933. Dokumente aus den Kölner Jahren, Köln 2007.

5 Vgl. Klaus Wisotzky/Monika Josten (Hg.), Essen. Geschichte einer Großstadt im 20. Jahrhundert. Begleitbuch zur Dauerausstellung im Haus der Essener Geschichte, Münster 2018, S. 106, 122.

6 Vgl. Jürgen D. Kruse-Jarres, Karl Jarres. Ein bewegtes Politikerleben – vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, München 2006.

tigung und Vorführung bis zu einer Lynchstimmung war alles möglich. Für Adenauer, der sich später in die Benediktinerabtei Maria Laach flüchtete, waren die Erfahrungen seiner Amtsenthebung in emotionaler Hinsicht ein „Sturz ins Nichts“.⁷ Das dürfte so auch für die anderen Oberbürgermeister festzustellen sein.

Ebenfalls in die Reihe dieser recht früh abgesetzten Oberbürgermeister gehören Hugo Rosendahl in Koblenz (8. März 1933), Franz Wilhelm Lürken in Bonn (12./13. März 1933) und Alfred Schmidt in Mülheim an der Ruhr (30. März 1933). Rosendahl, der sich geweigert hatte, die Hakenkreuzfahne zu hissen, war bedroht und attackiert worden. Er hatte keinerlei

„Gelegenheit [gehabt], sich anzupassen oder gar zu opponieren. Schon am 8. März zogen die Nationalsozialisten die Hakenkreuzflagge auf Schloß und Rathaus auf, drangen in das Dienstzimmer des Oberbürgermeisters ein, führten ihn auf den [Koblenzer] Rathausplatz und erklärten ihn dort vor versammelter Menschenmenge für abgesetzt.“⁸

Lürken hatte sich unter dem Eindruck einer massiven Einschüchterung durch die Bonner SA zurückgezogen. Der Solinger Oberbürgermeister Josef Brisch, der einzige sozialdemokratische Oberbürgermeister in der Rheinprovinz, wurde am 10. März 1933 abgesetzt. In einer Beschwerde an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten schilderte Brisch, dass sich vor seinem Privathaus und seinem Büro jeweils eine Gruppe von bewaffneten SA- und SS-Männern versammelt und ihn bedroht hatte. Dann wurde Brisch von SA-Männern in seinem Büro im Rathaus „verhaftet“ und abgesetzt. Leverkusens Bürgermeister Dr. Heinrich Claes (Zentrum) gab Mitte März auf. Die Kampagne gegen ihn umfasste die Vorwürfe „Vorteilsnahme“, „Korruption“ und „Unsittlichkeit“.⁹

Lediglich die Oberbürgermeister von Krefeld, München-Gladbach-Rheydt und Neuss konnten sich etwas länger halten: Krefelds Oberbürgermeister Heinrich Hüpper (Zentrum) und das Gladbacher Stadtoberhaupt Johannes Handschumacher (Zentrum) wurden beide erst Anfang Juli beurlaubt, Wilhelm Henrichs in Neuss sogar erst zum 1. April 1934.¹⁰ Die beiden Zentrums-Oberbür-

7 Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 343.

8 Lademacher, Machtergreifung (wie Anm. 2), S. 47. Siehe auch Först, Rheinische Städte (wie Anm. 3), S. 589.

9 KulturStadtLev – Stadtarchiv, Leverkusen. Geschichte einer Stadt am Rhein, Redaktion von Gabriele John und Stefan Ehrenpreis unter Mitarbeit von Sylvia Geburzky, Bielefeld 2005, S. 290.

10 Reinhard Feinendegen/Hans Vogt (Hg.), Krefeld – die Geschichte der Stadt, Bd. 5: Vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Gegenwart (1918–2004), Krefeld 2010, S. 193 f.;

germeister Wilhelm Rombach (Aachen) und Heinrich Weitz (Trier) wurden am 12. Juli beziehungsweise Ende September abgesetzt und in den Zwangsurlaub geschickt. Rombachs Haus war schon im März handstreichartig von der SA umstellt worden, im Sommer schließlich war der Druck zu groß. Weitz, der lange versucht hatte, sich mit den Nationalsozialisten zu arrangieren, lehnte das Angebot des Regierungspräsidenten, als Beigeordneter nach Koblenz zu wechseln, als Degradierung entrüstet ab. Tief gekränkt verließ Heinrich Weitz nach seiner Absetzung umgehend Trier und arbeitete als Rechtsanwalt.

Die großen Ausnahmen in der Rheinprovinz waren Wuppertal, Remscheid und Oberhausen: Der national-konservative Julius Friedrich, 1931 zum Oberbürgermeister von Wuppertal gewählt, arrangierte sich mit der Wuppertaler Kreisleitung und blieb Oberbürgermeister – bis zum Januar 1937! Aber auch hier wurde der Verwaltungsvorstand ausgetauscht: Die Beigeordneten Dr. Wilhelm Bragard, Ernst Dröner und Prof. Geßler wurden im Frühjahr beurlaubt, während Dezerent Carl Eberle direkt nach der Wahl im März in „Schutzhaft“ genommen worden war.¹¹ Wilhelm Heuser, der seit 1930 amtierende Oberbürgermeister von Oberhausen, schwenkte im Mai 1933 von der Zentrumspartei zur NSDAP und konnte sich damit sogar bis zum Oktober 1937 halten.¹² Ein regelrechtes Kuriosum war die Amtsdauer von Dr. Walther Hartmann, der als Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt Remscheid 23 Jahre lang von 1914 bis zum Juni 1937 lenkte und 1933 rasch zur NSDAP gewechselt war.¹³ Auch in den Klein- und Mittelstädten im direkten Umland Düsseldorfs waren die Ereignisse ähnlich verlaufen: Ratingens Bürgermeister Max Scheiff (Zentrum) wurde durch SA-Leute am Betreten seines Dienstzimmers behindert, woraufhin sich dieser beurlauben ließ (20. März 1933),¹⁴ in Heiligenhaus wurde der parteilose *Bürgermeister* Ludwig Scheiper bedrängt und abgesetzt,¹⁵ Hildens Bürgermeister Erich Lerch räumte

Hildegard Welfens, *Geschichte der Stadt Neuss unter nationalsozialistischer Herrschaft (1933–1945)*, Neuss 1993, S. 4.

- 11 Detlef Vonde, *Moderne Zeiten. Miniaturen Wuppertaler Geschichte*, Wuppertal 2021, S. 160.
- 12 Horst Romeyk, *Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945*. Düsseldorf 1994, S. 301, 515 f.
- 13 Wilhelm Rees, Dr. Walther Hartmann zum 90. Geburtstag, in: *Romerike Berge* 13 (1963), H. 2, S. 90 f.; Urs Justus Diederichs, *Die Remscheider Stadtverwaltung in der NS-Zeit*, in: Michael Mahlke (Hg.), *Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus*, Remscheid 1995, S. 25–35, hier S. 27.
- 14 Verein für Heimatkunde und Heimatpflege Ratingen e. V. (Hg.), *Ratingen. Geschichte 1780 bis 1975*, Essen 2000, S. 240.
- 15 Thomas Lux/Hartmut Nolte/Kurt Wesoly, *Heiligenhaus. Geschichte einer Stadt im Niederbergischen*, Heiligenhaus 1997, S. 287.

zum 1. November 1933 seinen Schreibtisch. In Richrath-Reusrath (Langenfeld) zog am Nachmittag des 28. April 1933 „eine aufgeputschte und erregte Menschenmenge vor das Rathaus und forderte ‚Kreusch raus!‘“ Einige der Demonstranten waren in das Rathaus eingedrungen, um Bürgermeister Friedrich Kreusch zu bedrängen. Er wurde beurlaubt und zog sich zurück.¹⁶ In Velbert blieb Dr. Leopold Tweer durch NSDAP-Beitritt Bürgermeister (1920–1945), in Haan stand der seit 1931 amtierende Oskar Adrian bis zu seinem Tod Ende 1944 der Stadt vor.¹⁷

Vielfach sind diese Vorgänge beschrieben worden, nicht zuletzt haben die Politiker selbst in späteren Memorien auf diese schmerzhaften Erfahrungen zurückgeblickt. Im Falle Robert Lehrs war es besonders ehrabschneidend, dass er unter Drohung des Gebrauchs von Schusswaffen aus seinem eigenen Rathaus aus einer laufenden Hauptausschusssitzung herausgeführt und verhaftet wurde.¹⁸

2. Das Vorgehen gegen den Düsseldorfer Verwaltungsvorstand

Entgegen dieser recht gut dokumentierten Fälle von vertriebenen oder entlassenen Oberbürgermeistern steht die zweite Reihe der Rathäuser: die städtischen Spitzenbeamten, die Beigeordneten und Dezernenten, die gemeinsam mit den Oberbürgermeistern die Verwaltungsvorstände gebildet hatten und – je nach Parteizugehörigkeit oder Aufgabenfeld – den neuen Machthabern ebenso verhasst waren. Der Düsseldorfer Verwaltungsbericht von 1936, der freilich nicht neutral war, stellte rückblickend auf das Jahr 1933 fest:

„Zunächst mußte [sic] Ordnung und Sauberkeit innerhalb der Stadtverwaltung geschaffen werden. Es galt die Bahn frei zu machen für die Betätigung der neuen Kräfte. Dazu gehörte als erstes die Entfernung einiger leitenden Beamten der Stadtverwaltung, die sich nach den hohen Begriffen der Bewegung von der Unantastbarkeit und fachlichen Geeignetheit der Gemeindeleiter und ihrer Vertreter für die Bekleidung dieser Stellen als untragbar erwiesen hatten.“

16 Rolf Müller, Stadtgeschichte Langenfeld Rheinland, Langenfeld 1992, S. 399.

17 Horst Degen/Christoph Schotten (Hg.), Velbert – Geschichte dreier Städte, Köln 2009, S. 325; Reinhard Koll, Haan unter dem Hakenkreuz 1934–1944, Nachdruck Haan 2006, S. 9.

18 Vgl. Wilhelm Ribhegge, Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789–1947, Münster 2008, S. 554. Zu den Oberbürgermeistern insgesamt vgl. Först, Rheinische Städte (wie Anm. 3), S. 531–596.

Wie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens habe sich „die vierzehnjährige Herrschaft der Systemparteien auch in der Beamtenschaft verderblich ausgewirkt“, sodass nach der Machtübernahme

„der NSDAP, bei der Stadtverwaltung Düsseldorf keine festgefügte, sondern eine in sich zerrissene, teilweise mit moralisch nicht einwandfreien Elementen durchsetzte Beamtenschaft vorhanden war. Von dem von dem Preußischen Ministerpräsidenten eingesetzten Staatskommissar [Friedrich Karl Florian] mußten daher gegen einzelne, besonders gegen leitende Beamte, Untersuchungen eingeleitet und sonstige Maßnahmen getroffen werden, die zu einer regelrechten Säuberungsaktion führten.“¹⁹

Oberbürgermeister Robert Lehr standen insgesamt acht Beigeordnete, ein Verwaltungsdirektor und ein Stadtsyndikus (Justiziar) zur Seite. Sie bildeten den Verwaltungsvorstand. Jedem Beigeordneten unterstand ein Dezernat als Stabsstelle und eine unterschiedlich große Anzahl an Ämtern und Dienststellen. Nach Dienstalter gegliedert nahmen die Beigeordneten verschiedene Vertreterrollen für den Oberbürgermeister ein: Der dienstälteste Beigeordnete vertrat den Oberbürgermeister innerhalb der Verwaltung, aber auch bei repräsentativen Aufgaben an erster Stelle, der nächste an zweiter und so weiter. Der Erste Beigeordnete und direkte Vertreter des Oberbürgermeisters trug im preußischen Kommunalrecht den Titel „Bürgermeister“.

2.1 Die Medienkampagne gegen Bürgermeister Gustav Reuter

Zu den ersten Düsseldorfer Spitzenpolitikern, die der „Säuberung“ des Rathauses zum Opfer fielen, gehörte der Erste Beigeordnete Gustav Reuter. Dieser war am 6. August 1881 im sauerländischen Elspe zur Welt gekommen und in einer katholischen Arbeiterfamilie aufgewachsen. Nach dem Besuch der Volksschule (1887–1895) und dem Erlernen des Schneiderhandwerks (1895–1898) führten ihn mehrere „Gesellen- und Wanderjahre“ durch ganz Deutschland, bis er sich schließlich 1902 in Düsseldorf niederließ und heiratete. Von 1905 an war Reuter hier Arbeitersekretär und hauptberuflicher Gewerkschaftsmitarbeiter verschiedener christlich-katholischer Gewerkschaften. Seit 1919 war er für die Zentrumspartei Stadtverordneter. Am 20. Februar 1920 schließlich wurde Gustav Reuter zum Beigeordneten der Stadt Düsseldorf gewählt.²⁰ Neben einem 1905 geborenen Pflege-

19 Verwaltungsbericht der Stadt Düsseldorf vom 1. April 1933 bis 31. März 1936, Düsseldorf 1936, S. 5 f.

20 STA Düsseldorf, Personalakte Reuter, 0-1-5-4680.0001, Bl. 6.

sohn Johannes folgten die leiblichen Kinder Thekla (1909), Gustav junior (1910), Else (1911) und Karl (1914).

Am 19. Juli 1927 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, Reuter als Erstem Beigeordneten die Amtsbezeichnung „Bürgermeister“ zu verleihen und ihn damit zum ersten Stellvertreter von Oberbürgermeister Robert Lehr zu ernennen.²¹ Die Wiederwahl im Herbst 1931 war bereits problematisch, da Reuter von den Stadtverordneten der DNVP nicht wiedergewählt werden sollte. Der deutsch-nationale Fraktionsvorsitzende wandte sich an Lehr, er sehe „keine Möglichkeit sich für die Wiederwahl der beiden Beigeordneten [Reuter und Jäker] einzusetzen.“²² Der Wirtschaftsbund wollte sogar beide Stellen gänzlich einsparen.²³ Dementsprechend knapp wurde das Wahlergebnis, Reuter allerdings konnte die zweite Amtszeit als Bürgermeister antreten. Lehr übrigens war 1929 der DNVP beigetreten, er hielt aber dennoch weiterhin an Reuter fest.

Den Erinnerungen des jungen Stadtsyndikus Dr. Walther Hensel zufolge war Lehrs „einflußreichster Mann [...] Gustav Reuter.“ Seit den 1920er Jahren oblag ihm die Ernährung der Bevölkerung und die Wohnraumbewirtschaftung. Später übernahm er das Sozial- und Wohlfahrtsdezernat, eine Aufgabe, wie Hensel schreibt,

„die in den Notzeiten der beginnenden dreißiger Jahre fast übermenschliche Anforderungen stellte. Glücklicherweise entsprach Reuters Nervenkostüm seiner äußeren Erscheinung, nur war er leider auch recht trinkfreudig, eine Neigung, die ihn wiederholt in sehr peinliche Lagen gebracht hat. Lehr gegenüber verhielt er sich als loyaler Mitarbeiter und hat ihm oft bei dem immer maßgebenden Zentrum Rückendeckung verschafft, was dieser dankbar empfand. Mit Karl Arnold, dem jungen Kartellsekretär der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf seit 1924, der 1929 in die Stadtverordnetenversammlung kam und zwei Jahre später zum stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumsfraktion gewählt wurde, verbanden Reuter gute Beziehungen.“²⁴

Das städtische Wohlfahrtswesen und sein Dezernent waren in nationalsozialistischen Kreisen, insbesondere unter den SA-Angehörigen, verhasst: Seitens der Nationalsozialisten wurde behauptet, dass sich die Stadt zu wenig um die

21 Ebd., Bl. 78.

22 Ebd., Bl. 156.

23 Ebd., Bl. 160.

24 Walther Hensel, 3 x Kommunalpolitik 1926–1964; ein Beitrag zur Zeitgeschichte, Köln 1970, S. 21 f.

Erwerbslosen aus ihren Reihen kümmern und stattdessen andere, die als „Faulenzer“ oder Linke bezeichnet wurden, bevorzugen. Dieser Vorwurf fokussierte sich auf die Person Reuters, der als „Emporkömmling“ und „Bonze“ verschrien war. Mehrfach drangen SA-Kommandos in sein Privathaus ein, demolierten die Inneneinrichtung, bedrohten den Beigeordneten und dessen Familie und „beschlagnahmten“ private Korrespondenzen und Tagebücher, um Reuter damit massiv unter Druck zu setzen. Begleitet wurde dieses Drohszenario von einer beispiellosen Pressekampagne gegen Reuter, die nicht nur vom NSDAP-Blatt „Volksparole“, sondern auch bereits von der bürgerlichen Presse vollkommen rücksichtslos betrieben wurde. Vergleichbar war Reuters Bild in der Öffentlichkeit mit dem des Zentrum-Sozialpolitikers und ehemaligen stellvertretenden preußischen Ministerpräsident Heinrich Hirtsiefer, den SA-Leute später in seiner Geburtsstadt Essen überfielen. Sie hingen ihm ein Schild mit der Aufschrift „Ich bin der Hungerleider Hirtsiefer!“ um und führten ihn zunächst zum Gespött der Öffentlichkeit durch die Innenstadt. Danach wurde Hirtsiefer in „Schutzhaft“ genommen und ins KZ Kemna bei Wuppertal verschleppt.²⁵ Reuter wurde am 10. März von einem Trupp von SA- und SS-Leuten in seinem Dienstzimmer überfallen und vertrieben, das Büro „versiegelt“.²⁶ Um weiteren brutalen Aktionen zu entgehen, ließ sich Reuter am selben Tag beurlauben und verließ Düsseldorf sofort.

Die „Volksparole“ wünschte sich, dass dieser Beurlaubung die unverzügliche Dienstentlassung nachfolgt.²⁷ Doch damit nicht genug: In der Nacht zum 12. März drangen abermals mehrere schwerbewaffnete SA-Leute in Reuters Wohnung ein, „wo sie ihrer Zerstörungswut freien Raum ließen. Aus einem Tresor nahmen sie zahlreiche Privatakten mit, aus denen in den folgenden Tagen Rechnungen in entstellter Form von der ‚Volksparole‘ veröffentlicht wurden, so daß der Bürgermeister belastet erschien.“ Vor dem Redaktionsgebäude der Zeitung wurden, wie Görden berichtet, „aus Reuters Tagebuch Auszüge vorgelesen, die größtenteils belanglos waren. Sie wurden aber mit gehässigen Kommentaren wie ‚Sieh mal einer an. So lebten die Bonzen‘ versehen.“²⁸

Es stellte sich also als durchaus notwendig dar, dass der Bürgermeister aus der Stadt geflohen war, um solchen Demütigungen zu entgehen. Diese Vorfälle waren auch im Rathaus aktenkundig geworden: Gustav Reuter junior, der Sohn des Beigeordneten, hatte sich Ende März an Oberbürgermeister Lehr gewandt, um noch

25 Ebd.

26 Volksparole vom 11.3.1933.

27 Volksparole vom 10.3.1933.

28 Hans Peter Görden, Düsseldorf und der Nationalsozialismus. Studie zur Geschichte einer Großstadt im „Dritten Reich“, Düsseldorf 1969, S. 50 f.

einmal auf die zahlreichen Überfälle der SA aufmerksam zu machen und den Oberbürgermeister zum Einschreiten zu bewegen – ungeachtet der Tatsache, dass auch Lehrs Tage als Stadtoberhaupt längst gezählt und sein Einfluss inzwischen gering waren. Er berichtete dem Oberbürgermeister von „Nationalsozialisten in SA-Uniform unter Führung“, die „mit Revolvern und Karabinern bewaffnet in einer Stärke von 10 bis 15 Mann“ nächtlich ankamen und in das Wohnhaus eindrangen.

„Sie durchsuchten das Haus nach meinem Vater und zerschlugen bei dieser Gelegenheit eine Büste sowie auch ein Bild von ihm. Im Herrenzimmer wurden Privatakten meiner Eltern aus dem Schreibtisch und dem unteren Teil des Geldschranks heraus- und mitgenommen. Im Weinkeller wurde ein Holzregal von der Wand gerissen, wobei eine beträchtliche Menge Flaschen zerbrachen. Die Jagdausrüstung meines Vaters sowie meine eigene wurden beschlagnahmt und mitgenommen. Rechnungsbelege, die meine Mutter von den letzten 5 bis 6 Jahren gesammelt und geheftet hatte, wurden am nächsten Tage in durchaus entstellter Form in der Presse wiedergegeben. Wie mir Herr Boote selbst sagt, sollte mein Vater im Hemd mitgenommen werden. Vorn auf dem Hemd sollte ein Hakenkreuz gemalt und um seinen Fuß ein Tau gelegt werden. In diesem lächerlichen Aufzuge sollte mein Vater am folgenden Morgen durch die belebtesten Straßen der Stadt sowie auch durch Lokale geführt werden.“

In der darauffolgenden Nacht, so beschreibt es der Sohn im Brief weiter,

„erschieden wieder Nationalsozialisten, um meinen Vater zu suchen und nahmen bei dieser Gelegenheit wieder persönliches Material meines Vaters mit. In der Nacht vom 16. zum 17. März erschienen die Nationalsozialisten erneut, um meinen Vater zu suchen, ebenso in der darauf folgenden Nacht. Am Morgen des 22. März drangen die Nationalsozialisten wieder in das Haus meines Vaters ein, um einen Geldschrank abzutransportieren zwecks gewaltsamer Öffnung. Mit Rücksicht auf die schwere Krankheit meiner Mutter bitte ich, daß diesen Überfällen ein Ende bereitet wird.“²⁹

29 Brief des Gustav Reuter junior an Oberbürgermeister Dr. Lehr. Hier zitiert nach Dokumentation zur Geschichte der Stadt Düsseldorf, Quellensammlung Bd. 3: Zeit der Machtergreifung 1930–1934, bearb. von Hans-Peter Görgen, Düsseldorf 1982, S. 113.

Lehr, der über das, was der Sohn hier geschildert hatte, außerordentlich schockiert war, antwortete der Familie, dass ihm diese Vorfälle leidtun würden und dass er in Berlin vorzusprechen beabsichtige, um derartige Vorkommnisse abzuwenden.

Der Fluchtweg führte Reuter zunächst in die benachbarten Niederlande, später dann zu Verwandten nach München.³⁰ Das „Rheinische Volksblatt“ berichtete später, Gauleiter Florian habe

„in seiner Eigenschaft als Staatskommissar für die Stadt Düsseldorf das Gehalt des früheren 1. Bürgermeisters der Stadt Düsseldorf, Gustav Reuter, gesperrt. Nach Mitteilung des Pressedienstes der Stadt Düsseldorf erfolgte die Gehaltssperrung auf Anordnung des Regierungspräsidenten, weil auf Grund der bisherigen Untersuchungen festgestellt ist, daß die Stadt voraussichtlich Regreßansprüche gegen Bürgermeister Reuter sicherzustellen hat.“

Er habe angeblich

„Aktenstücke, die zur Untersuchung der Milchhofangelegenheit notwendig sind, an sich genommen und nicht zurückgegeben. Aus diesen Akten wird sich ergeben, daß Bürgermeister Reuter zum Nachteil der Stadt gehandelt hat.“³¹

Die „Welt am Sonnabend“ vermeldete am 20. Mai: „Bürgermeister Gustav Reuter ist in München verhaftet worden und wird auf Anordnung der Staatsanwaltschaft nach Düsseldorf übergeführt [sic].“³² Das „Rheinische Volksblatt“ ergänzte wenige Tage später: „Der frühere Düsseldorfer Bürgermeister Gustav Reuter, der nach seiner Absetzung spurlos verschwunden war, ist gestern in München, wo er seine Familie besuchte, verhaftet worden.“³³ Am 30. Mai wurde Reuter aus München mit einem „Sammeltransport“ nach Düsseldorf überführt und hier aufgrund eines Haftbefehls „wegen Urkundenbeseitigung“ in Untersuchungshaft genommen.³⁴ Zu dem Vorwurf, Akten oder Schriftstücke gestohlen zu haben, gesellten sich noch weitere Vorwürfe, die alsbald an die Öffentlichkeit durchgestoßen wurden. Reuter sei etwa korrupt und habe sich angeblich sein Privathaus

30 Rättinger Zeitung vom 23.3.1933.

31 Rheinisches Volksblatt vom 15.4.1933.

32 Welt am Sonnabend vom 20.5.1933.

33 Rheinische Volksblatt vom 26.5.1933.

34 Morgen-Zeitung vom 31.5.1933.

aus öffentlichen Mitteln renovieren lassen. Die „Welt am Sonnabend“ druckte am 3. Juni einen hämischen Bericht über Reuter ab, in dem es hieß, er sei

„am Sonntag nach Düsseldorf zurück[gekehrt]. Auch Herrn Reuter wurden die Instandsetzungskosten seiner Wohnung in Höhe von weit über 5000 Mark auf ausdrückliche Anweisung Dr. Lehrs von der Stadt bezahlt. Auch das war schon damals bekannt und ist öffentlich kritisiert worden. Aber sowohl Dr. Lehr als auch Gustav Reuter dachten: ‚Uns kann keener!‘ Es war schon eine tolle Wirtschaft. Der fromme Gustav Reuter hat damals wohl nicht daran gedacht, daß es doch noch einmal anders kommen könnte. Man soll nichts überspannen, auch nicht die Geduld der Bevölkerung. Manche können jetzt in nächtlichen Tiefen darüber nachdenken, wie rasch Herrlichkeit und Macht vergehen. Die heutige Zeit ist eine vorzügliche Lehrmeisterin für Bescheidenheit und Selbsterkenntnis.“³⁵

Die hier ausführlich zitierten Presseartikel belegen nachdrücklich, dass der Umgang mit Reuter in erster Linie ein Medienereignis war und dass sehr gezielt (und erfolgreich) versucht wurde, Reuter in jeglicher Hinsicht zu diskreditieren. Immer wieder griff die nationalsozialistische „Volksparole“ Reuter frontal an, bezeichnete ihn als „Trunkenbold“³⁶ oder „lächerliche Figur“.³⁷ Später brandmarkte ihn dieselbe Zeitung als ein Mann, dessen Aufstieg angeblich typisch sei „für die Verantwortungslosigkeit des schwarz-roten Systems“ und letztlich auch für die „korrupten, volksschädlichen Auswüchse des parlamentarisch-demokratischen Wahnsinns“.³⁸ Mit diesen Artikeln und Kommentaren, mit den Auslassungen über sein Privatleben und seine Familie, mit den Behauptungen, in denen es um Trinkgelage und Entgleisungen ging, war Reuters politische Karriere beendet. Die Verleumdungen, die dem „Systempolitiker“ alle möglichen Amtsverletzungen und -missbräuche vorwarfen, blieben in der Öffentlichkeit an seiner Person haften. Den Sommer über verbrachte Reuter im Untersuchungsgefängnis Düsseldorf-Derendorf. Der Termin zur Hauptverhandlung gegen ihn wurde auf den 8. August anberaumt. Die Anklage warf Reuter „Aktenbeseitigung und Untreue“ vor.³⁹ Doch der Prozess vor einer Sonderkammer des Landgerichts („Strafkammer für Korruptions- und Sabotage-Sachen des Düsseldorfer Land-

35 Welt am Sonnabend vom 10.6.1933.

36 Volksparole vom 11.3.1933.

37 Volksparole vom 17.3.1933.

38 Volksparole vom 8.8.1933.

39 Generalanzeiger vom 11.7.1933.

gerichtet“) brachte für die massiven Vorwürfe, die erhoben wurden, nur relativ dünne Belege hervor. Weder Bestechlichkeit noch Untreue konnten ihm nachgewiesen werden. „Wer sich von diesem Prozeß eine große Sensation versprochen hatte, wurde sehr enttäuscht“, musste die „Welt am Sonnabend“ zugeben und stellte kleinlaut fest, Gustav Reuter sei kein

„Betrüger und politischer Korruptionist großen Schlages [...]. Er ist der aus der vergangenen Zeit wohlbekannte Typ des politischen Parvenüs, der, durch Parteignaden auf hohen Posten gelangt, von der Großmannssucht befallen wird und ohne jedes Verantwortungsbewußtsein nach Belieben schalten und walten zu können glaubt. Das damalige parlamentarische System und in Düsseldorf die Ära Lehr boten derartigen Leuten weitgehendste Wirkungsmöglichkeiten. Der kleine Schneidergeselle, der nicht einmal seine Meisterprüfung gemacht hat, wurde auf Grund seines Zentrums-Parteibuches für würdig erachtet, Stadtverordneter, Beigeordneter und später 1. Bürgermeister der Großstadt Düsseldorf zu werden. Mit einem Gehalt von 35.206 Mark läßt sich schon gut leben, aber Gustav Reuter glaubte die Stadtkasse außerdem noch zur Bestreitung seiner alkoholischen Genüsse in Anspruch nehmen zu können.“

Dann ging der Artikel detailliert auf den angeblichen Weinkonsum des Beigeordneten ein, der gerade ihm als Dezernenten für das Wohlfahrtswesen nicht in diesem Maße zustünde: Anstatt teure Weine bei Gesprächen oder abendlichen Besprechungen zu trinken, hätte er sich lieber um das „Volksergehen“ kümmern sollen.⁴⁰ Am Ende blieb nur der Vorwurf einer „Aktenbeseitigung“. Gustav Reuter wurde zu zehn Monaten Haft verurteilt. Am 19. August legte das Blatt noch einmal nach und schrieb:

„Daß man unserem Gustav Reuter eine Weinentziehungskur von 10 Monaten verordnet hat, haben Sie ja schon erfahren. Seine Freunde und Zechgenossen weinen dem dicken Gustav ganz dicke Tränen nach; sind doch mit seinem Sturz auch für sie die herrlichen Zeiten vorbei, wo sie sich im Probierstübchen auf Kosten der Bürgerschaft nach Herzenslust an 50-Marks-Weinchen beschlauchen konnten. Das nannte man zu der Zeit dienstliche Sitzungen.“

40 Welt am Sonnabend vom 12.8.1933.

Häufig habe Reuter auch mit dem Polizeipräsidenten Hans Langels (Zentrum) zusammen Wein getrunken, um sich angeblich mit der Polizei gut zu stellen.⁴¹ Den Erinnerungen von Walther Hensel zufolge war Reuter noch in München, während eine

„Abteilung der SA am 10. Mai 1933 [in Reuters verlassenes Dienstzimmer] eindrang. Gleichzeitig wurde auch seine Privatwohnung durchsucht und drei Tage später ein Teil seiner privaten Korrespondenz und seiner Steuerakte veröffentlicht. ‚Gustavs intimste Geheimnisse wandern auf den Tisch des SA-Sturmbannes I/39‘ hieß es triumphierend in einer Überschrift der ‚Volkspapole‘. Die Untreue erblickte das Gericht in der Tatsache, daß Reuter aus der Kellerei der städtischen Tonhalle, die zu seinem Dezernat gehörte, ein paar Flaschen Wein entnommen hatte. Eine dieser Flaschen sollte bei einem Gespräch mit Regierungspräsident Kurt Bergemann verbraucht worden sein.“⁴²

Der Verwaltungsbericht der Stadt Düsseldorf von 1936 beschrieb rückblickend den „Fall Reuter“ so:

„Als einer der ersten wurde von dieser Säuberungsaktion der auf Grund seiner Parteizugehörigkeit zum Zentrum in sein Amt gelangte Bürgermeister Gustav Reuter betroffen. Am 10. März 1933 hatte er sich, nachdem ihm von dem damaligen Beauftragten der Partei, Pg. [Parteigenosse Horst] Ebel, das Betreten der Amtsräume untersagt war, beurlauben lassen. Wie sich später herausstellte, benutzte er diesen Urlaub, um sich der ihm drohenden Festnahme durch die Flucht zu entziehen; er wurde aber am 15. Mai 1933 in München verhaftet und in dem gegen ihn anhängig gemachten Strafverfahren durch Urteil der Strafkammer vom 8. August 1933 wegen Aktenbeseitigung und erschwerter Untreue zu einer Gesamtstrafe von 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde durch Beschluß des Reichsgerichts vom 28. September 1933 verworfen, so daß Reuter kraft Gesetzes aus dem Beamtenverhältnis ausschied.“⁴³

41 Welt am Sonnabend vom 19.8.1933.

42 Hensel, Kommunalpolitik (wie Anm. 23), S. 21f.

43 Verwaltungsbericht Düsseldorf 1933–1936 (wie Anm. 18), S. 6.

Der Politiker Gustav Reuter war mit solchen Darstellungen am Ende seiner Laufbahn: vorbestraft, öffentlich bloßgestellt und als korrupter Trinker ohne soziales Gewissen diffamiert, musste er sich nach seiner Entlassung ins Privatleben zurückziehen. Zu Schulden kommen hatte er sich nichts. Er verstarb 1937.

2.2 Die Misshandlung des Beigeordneten Dr. Herbert Haas

Der Beigeordnete Dr. Herbert Haas hatte in den letzten Jahren der Weimarer Republik ähnlichen Hass bei den Stadtverordneten der NSDAP auf sich gezogen wie Reuter. Sein „Ausscheiden“ aus der Verwaltungsspitze war daher besonders drastisch und von massiver Gewalt geprägt. Haas war am 1. Januar 1888 in Düsseldorf als Sohn eines Arztes zur Welt gekommen. Nach dem Besuch des städtischen Gymnasiums Klosterstraße und dem Abiturexamen studierte er in Bonn Jura, machte sein Referendariat zunächst am Amtsgericht Grevenbroich, dann am Landgericht Düsseldorf, bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf und am Oberlandesgericht Düsseldorf. Nach kurzem Militärdienst (1915/16) wurde er zum Dr. jur. promoviert. Im Jahre 1916 trat er in den Dienst der Stadt Düsseldorf ein, zunächst bei der kommunalen Polizeiverwaltung.⁴⁴ Am 11. April 1919 wurde Gerichtsassessor Haas von der Stadtverordnetenversammlung für zwölf Jahre zum „besoldeten Beigeordneten der Stadt Düsseldorf“ gewählt.⁴⁵

Haas war 1923 als Polizeidezernent für die städtische Polizei verantwortlich. Im Krisenjahr des Ruhrkampfes und der französisch-belgischen Besetzung Düsseldorfs kam es immer wieder zu Spannungen zwischen der Besatzungsmacht und der Polizei, was Haas zwischen die Fronten brachte und ihm von diversen Seiten Vorwürfe einbrachte. Am 30. September 1923 kam es zum „Düsseldorfer Blutsonntag“ mit 20.000 Demonstranten und Gewaltausbrüchen zwischen französischem Militär, „Sonderbündlern“, also rheinischen Separatisten, und deutschen Schutzpolizisten. Letztere wurden auf der Alleestraße von Separatisten misshandelt. Es kam zu Schusswechseln, bei denen etliche Menschen starben oder verletzt wurden.⁴⁶ Das französische Militär, das die Separatisten unterstützte und bei der Verfolgung der Schutzpolizisten nicht eingeschritten war, nahm die Führungsriege der Düsseldorfer Polizei in Haft. Haas als zuständiger Dezernent wurde vom 1. bis zum 8. Oktober 1923 von den Besatzungsbehörden im Gefängnis

44 STA Düsseldorf, Personalakte Haas, 0-1-5-14296-0001.

45 Ebd., Bl. 34.

46 Vgl. Angelika Schnorrenberger, Der Düsseldorfer „Blutsonntag“, 30. September 1923, in: Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hg.), Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Düsseldorf 2004, S. 289–303.

Düsseldorf-Derendorf inhaftiert.⁴⁷ Weitere Inhaftierungen folgten. Im Sommer 1925 endete die Zeit der Besatzung an Rhein und Ruhr. Zum 1. Juli 1926 wurde die Düsseldorfer Polizei verstaatlicht. 1930 wurde Dr. Haas auf zwölf Jahre wiedergewählt.⁴⁸

Der Hinweis auf die Separatisten-Unruhen ist deshalb zentral, weil die nationalistischen Rechten in der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung Haas als zu milde und franzosenfreundlich in Erinnerung behielten, obwohl diese Einschätzung jeder Grundlage entbehrte. Hinzu kam das Gerücht, dass Haas jüdischer Abstammung sei. Insofern ist es kaum verwunderlich, dass der Beigeordnete sofort nach der Machtübernahme ins Visier der örtlichen Nationalsozialisten geriet.⁴⁹

Am 10. März 1933 ereignete sich ein folgenschwerer Überfall der SA auf die Rathaus spitze, bei der Oberbürgermeister Lehr und der Beigeordnete Dr. Wilhelm Thelemann bedroht und Haas schwer misshandelt wurden. Stadtsyndikus Hensel, der als persönlicher Referent des Beigeordneten im Rathaus war, erinnerte sich an die Misshandlung von Haas in einem ausführlichen Bericht, den er nach Kriegsende verfasste.⁵⁰

„Herr Beigeordneter Dr. Haas war wegen ‚nichtarischer‘ Abstammung eines Elternteils sogenannter ‚Jüdischer Mischling‘. Gegen ihn richtete sich daher vom ersten Tage des Auftretens des Nationalsozialismus in Düsseldorf an eine besonders feindselige Aufmerksamkeit der Nationalsozialisten.“

Im Dienstzimmer des Oberbürgermeisters Lehr befanden sich den Erinnerungen Hensels zufolge

„vormittags gegen 10,00 Uhr zu einer Konferenz die Herren Beigeordneter Dr. Thelemann und Beigeordneter Dr. Haas. Eine Gruppe von 4 Personen, davon 3 in SA- und 1 in Polizeiuniform stürmten, den Widerstand des Vorzimmerbeamten des Oberbürgermeisters durchbrechend, in das Dienstzimmer des Oberbürgermeisters. Mit vorgehaltenen Pistolen wurden Herr Dr. Lehr und Herr Dr. Thelemann in Schach gehalten. Zwei der SA-Leute bearbeiteten daraufhin Herrn Beigeordneten Dr. Haas mit einem Ochsenziemer oder einer

47 STA Düsseldorf, Personalakte Haas, 0-1-5-14296-0001, Bl. 83.

48 STA Düsseldorf, Personalakte Haas, 0-1-5-14296-0001, Bl. 140.

49 Siehe Hensel, Kommunalpolitik (wie Anm. 23), S. 18 f.

50 STA Düsseldorf, 0-1-5-14296.0002.

Reitpeitsche. Ich wurde von diesem Vorgang sofort unterrichtet und nahm Herrn Beigeordneten Dr. Haas mit in sein Dienstzimmer.“⁵¹

Haas war schwer verletzt und blutete stark; zudem war er über das Geschehene vollkommen verstört. Sein Referent half ihm, aus dem Rathaus zu entkommen, mit einem Taxi flüchteten beide aus der Innenstadt. An anderer Stelle schrieb Hensel: „In der SA wurde alsbald erzählt, einer der beiden braun Uniformierten sei der Standartenführer [Hermann] Lohbeck gewesen.“ Aus der Wohnung Hensels „holte ihn am Abend in der Dunkelheit sein Freund, Baron Hans Schlotheim, ab, um ihn längere Zeit in dem am Rande der Stadt gelegenen Schloß Roland zu verbergen“.⁵²

Lehr ließ den Vorfall nicht auf sich sitzen. Noch am selben Tag telegraphierte er in die Reichskanzlei nach Berlin. Das Fernschreiben hat sich in den Akten der Reichskanzlei erhalten:

„10.3.1933 Tel. Oberbürgermeister Dr. Lehr (Düsseldorf) an Reichskanzler Hitler. heute mittag erscheinen in meinem amtszimmer 3 herren in sa-uniform und ein schuttpolizeibeamter in uniform und muetze stop ich hatte gerade eine unterredung mit dem beigeordneten dr thelemann und dr haas stop der fuehrer wandte sich an den beigeordneten dr. haas mit der erklarung ich fordere sie auf aus ihrem verhalten waehrend der besatzungszeit die konsequenzen zu ziehen stop auf eine kurze frage um aufklaerung des herrn dr. haas schlug ein anderer mit einer dicken lederpeitsche herrn beigeordneten dr. haas wiederholt ueber das gesicht auf den kopf und auf den ruecken stop erbitte sofortiges eingreifen stop!“⁵³

Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Hans Heinrich Lammers, vermerkte auf dem Schreiben, der „Herr Reichskanzler“ habe den Vorfall zur Kenntnis genommen und ließ es zu den Akten legen – ohne eine weitere Nachfrage oder Intervention. Zu dem von Lehr geforderten „Eingreifen“ durch die Berliner Zentralstellen kam es also nicht.

Für Haas hatten der brutale Überfall und sein Rauswurf ein langes Nachspiel. Seine Personalakte dokumentiert die beamtenrechtlichen Spitzfindigkeiten und

51 Ebd. Der Bericht stammt aus dem Februar 1952.

52 Hensel, Kommunalpolitik (wie Anm. 23), S. 18 f.; vgl. Bastian Fleermann/Hildegard Jakobs, Herrschaft der Gewalt. Die nationalsozialistische Machtübernahme 1933 in Düsseldorf, Düsseldorf 2013, S. 19, 30, 39.

53 Bundesarchiv Berlin, Akten der Reichskanzler R 43 II Nr. 1195.

Winkelzüge, mit denen die neue Stadtverwaltung versuchte, ihn endgültig zu entlassen. Zunächst einmal wurden ihm im April seine Ruhegehaltsbezüge nach § 10 des „Gesetztes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ gekürzt. Im Juli schaltete die Verwaltungsspitze das Rechnungsprüfungsamt ein und ließ prüfen, ob Haas in seiner Rolle als Polizeidezernent ein Dienstpferd zu einem überhöhten Preis angekauft habe. Diese Untersuchung zog sich bis Mitte September. Schließlich verlangte man Bezüge von Haas zurück, die er angeblich unrechtmäßig erhalten habe.⁵⁴ Am 5. August 1933 wurde Haas als „nicht arischer Beamter“ aufgrund des § 3 des Berufsbeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt. Die Auseinandersetzungen um Bezüge, Ruhestandsgehalt und Rückforderungen zogen sich noch bis 1940/41. Auch die Gestapostelle Düsseldorf legte eine Akte über den ehemaligen Beigeordneten an.⁵⁵ Dem dortigen „Judenreferat“ ging es jedoch nicht um dienstrechtliche Angelegenheiten, sondern um die „rassische“ Herkunft von Haas: Hartnäckig hielt sich auch nach 1933 weiterhin das Gerücht, Haas sei „Halbjude“.

Tatsächlich war Haas leiblicher Sohn der katholischen Auguste Haas, geborene Finck, und des Sanitätsrat Dr. Josef Julius Haas. Die Herkunft des Vaters, Jahrgang 1858, blieb jedoch umstritten. Auf Druck der Behörden und der Gestapo hatte die Familie zahlreiche Geburts- und Eheurkunden, Standesamtsabschriften und Ausschnitte aus Kirchenbüchern vorzulegen. Erst recht spät kam dabei heraus, dass der Mediziner Josef Julius Haas leiblicher Sohn einer christlichen und nichtverheirateten Frau und eines ebenso christlichen Vaters gewesen war und jüdische Pflegeeltern das Kleinkind angenommen und großgezogen hatten. Der Sohn Herbert Haas war katholisch getauft. Erst jetzt akzeptierten die Behörden die „rein arische“ Herkunft des Beigeordneten und die seines Vaters. Mit einem Gutachten wurde die Familie „rehabilitiert“: Herbert Haas und seine Geschwister waren keine „Halbjuden“.⁵⁶ Der ehemalige und bedrängte Beigeordnete Haas, verwitwet, eingeschüchtert und zurückgezogen, verstarb am 1. Februar 1941 im Düsseldorfer St.-Josefs-Krankenhaus.⁵⁷

54 STA Düsseldorf, Personalakte Haas, 0-1-5-14296-0001, Bl. 185–194.

55 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen/Abteilung Rheinland, Duisburg [LAV-NRW, R], RW 58 Nr. 19021.

56 Sammlung der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Konvolut Haas, 31-976-300.000.

57 STA, Düsseldorf-Ost, Urk.-Nr. 106/1941.

2.3 Die Verhaftung von Robert Lehr und Kämmerer Friedrich Odenkirchen

Obwohl die Attacken auf Gustav Reuter und die Misshandlung von Herbert Haas bereits drastische und öffentlich gewordene Schritte gewesen waren, steigerte sich der Druck auf die Verwaltungsspitze im April noch einmal deutlich. Im Fokus stand nun Robert Lehr. Die NS-Presse hatte bereits im März angefangen, ihm alle möglichen Vorwürfe anzuhängen, die von Miss- und Vetternwirtschaft über Verschwendungssucht bis Korruption und Unterschlagung reichten. Ohne hier auf die Details einzugehen, soll der Blick vor allem auf Lehrs Kämmerer gerichtet werden, der in dessen Fahrwasser ebenso in das Blickfeld des Gauleiters geriet: Dr. Friedrich Odenkirchen.⁵⁸ Dieser hatte anders als Oberbürgermeister Lehr noch an der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilgenommen und kam dann auch am 12. April zur Sitzung des neu gebildeten „Hauptausschusses“. Sie begann um 16 Uhr und wurde von Lehr geleitet.⁵⁹ Der städtische Beamte Fritz Froemmig, der damals Protokollant des Hauptausschusses und demnach auch Augenzeuge gewesen war, schrieb später in seinen Erinnerungen:

„Ein erschütternder Tag. Am Mittwoch, dem 12. April 1933, um 16,00 Uhr, trat im Zimmer 124 (ehemalige Rathausbücherei) der am 4.4.1933 gewählte Hauptausschuß zu seiner ersten Tagung zusammen. Von den Teilnehmern, soweit sie nicht der NSDAP angehörten, ahnte wohl keiner, was sich im Laufe der Sitzung abspielen würde. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Lehr begann die Beratung kurz nach 16.00 Uhr [...]. Das Protokoll führte der Verfasser. Die Verhandlungen begannen und verliefen in der bisher gewohnten Art [...]. Da geschah es! – Um 18.15 Uhr wurde die Tür geöffnet; herein trat der Gauleiter Florian, umgeben von einem Pulk [von] SS- und SA-Männern, dahinter Kriminalbeamte und Polizeibeamte. Mit schneidender Stimme erklärte er: ‚In meiner Eigenschaft als Staatskommissar hebe ich die Sitzung des Hauptausschusses aus!‘ Fortfahrend sagte er, daß er nach Beauftragung durch den Regierungspräsidenten den Oberbürgermeister Dr. Lehr und den Stadtkämmerer Dr. Odenkirchen in Schutzhaft zu nehmen habe. Beide Herren erhoben sich, wurden von dem Aufgebot umringt und weggeführt. Oberbürgermeister Dr. Lehr bewahrte in diesen erschütternden Minuten eine vorbildliche Haltung, wie auch während der folgenden, für ihn so schwere Zeit! Die

58 Geboren am 9.6.1888 in Elberfeld, Studium der Rechtswissenschaften, Promotion zum Dr. jur., 1919–1921 Beigeordneter der Stadt Herne, seit dem 5.10.1921 Beigeordneter der Stadt Düsseldorf. Wohnhaft am Kaiser-Friedrich-Ring 61.

59 Vgl. Walter Först, Robert Lehr als Oberbürgermeister. Ein Kapitel deutscher Kommunalpolitik, Düsseldorf 1962, S. 267.

Sitzungsteilnehmer, die diesen Gewaltakt nicht geahnt hatten, waren niedergeschmettert; sie hatten die Köpfe gesenkt und versuchten, über den Schock irgendwie hinweg zu kommen. Es herrschte eine peinvolle Stille!“

Laut Froemmings Erinnerungen habe der Beigeordneten Thelemann dann die restliche Sitzung geleitet.⁶⁰

Die verhafteten Männer wurden unter Androhung des Schusswaffengebrauchs in das sich direkt neben dem Rathausgebäude befindliche Gruppello-Haus und in das dortige Polizeigewahrsam geführt. Das kleine Polizeirevierbüro mit Haftraum konnte über einen Zugang von der Zollstraße aus erreicht werden. Zudem wurde Sparkassendirektor Dr. Fritz Vogt verhaftet.⁶¹ Der Eklat war für alle Anwesenden ein Schock. Zu den Mitgliedern des Ausschusses gehörte auch noch der Zentrumspolitiker Karl Arnold.⁶² Bereits am späten Abend wurden dann eilig Extraausgaben der nationalsozialistischen „Volksparole“ gedruckt und verteilt. Am nächsten Morgen beschrieb das Blatt diesen ungeheuerlichen Vorgang ausführlich und ließ die Leserschaft wissen: „In Düsseldorf wird durchgegriffen“. Die drei Verhaftungen seien am Vorabend durchgeführt worden:

„Wie wir gestern schon durch Extra-Blatt mitteilen konnten, wurden gestern abend gegen 6.15 Uhr Oberbürgermeister Dr. Lehr und Beigeordneter Dr. Odenkirchen durch den Staatskommissar für die Stadt Düsseldorf, Pg. [Partei-genosse] Gauleiter Florian, wegen des Verdachts der passiven Beamtenbestechung und der Untreue im Amt sowie Sparkassendirektor Dr. Vogt wegen des Verdachts der Untreue im Amt auf Grund einer Ermächtigung durch den Regierungspräsidenten in Schutzhaft genommen und ins Polizeigewahrsam gebracht.“

Der Düsseldorfer „Generalanzeiger“ berichtete an diesem 13. April nahezu wortgleich, wusste zudem mitzuteilen: „Die drei Herren wurden vorläufig im Polizeigewahrsam im Rathaus getrennt voneinander untergebracht.“ Zu den Hintergründen kommentierte das Blatt:

„Die Meldung von der Verhaftung des Oberbürgermeisters und der beiden anderen leitenden städtischen Beamten konnte an sich nicht überraschen, da

60 STA Düsseldorf, 0-1-23-481.0000.

61 STA Düsseldorf, 0-1-5-72441 (Personalakte Dr. Fritz Vogt). Ob Vogt in der Sitzung oder an einem anderen Ort verhaftet wurde, ist nicht bekannt.

62 Vgl. Detlev Hüwel, Karl Arnold. Eine politische Biographie, Wuppertal 1980, S. 49.

man in Düsseldorf ein scharfes Durchgreifen in diesen Tagen erwartete. Dennoch horchte gestern Abend Düsseldorf auf, als bekannt wurde, daß der Staatskommissar, Gauleiter Florian, in der Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordneten die Verhaftung vorgenommen hatte [...]. Die beiden Herren verließen unter Bewachung den Sitzungssaal und begaben sich in ihre Dienstzimmer, von wo aus sie in Polizeigewahrsam übergeführt wurden.“

Über die Gründe der Verhaftung führte der Artikel weiter aus, Dr. Lehr sei beschuldigt,

„Zuwendungen von einer Bank angenommen zu haben, ohne daß er eine Gegenleistung dafür aufzuweisen in der Lage sei. Das soll zu der Zeit geschehen sein, als Oberbürgermeister Dr. Lehr für die Stadtverwaltung den RWE-Aktienverlauf vornahm. Derselbe Vorwurf trifft Dr. Odenkirchen. Gleichzeitig wird den in Schutzhaft Genommenen vorgeworfen, daß sie zusammen mit Sparkassendirektor Dr. Vogt aus einem schwarzen Konto bei der Städtischen Sparkasse, das aus Reserven der Kasse gebildet sein soll, Spekulationen an der Börse vorgenommen haben sollen. Die Gewinne aus diesen Spekulationen sollen in die Taschen von Dr. Lehr und Dr. Vogt geflossen sein.“⁶³

Die in der Nachbarstadt erscheinende „Ratinger Zeitung“, in der ebenfalls am 13. April über den Vorabend berichtet wurde, hielt es für

„festgestellt, daß Oberbürgermeister Dr. Lehr geldliche Zuwendungen ohne Gegenleistung von seiner Seite von einer Bank angenommen hat zu einer Zeit, in der er als Chef der Düsseldorfer Stadtverwaltung bei dieser Bank größere Käufe in Aktien tätigte. Dasselbe gilt für den Beigeordneten Odenkirchen. Ferner haben Oberbürgermeister Dr. Lehr und Sparkassendirektor Dr. Vogt über ein amtliches Konto bei der Städtischen Sparkasse, das aus stillen Reserven der Sparkasse gebildet war, Effektenspekulationen getätigt. Die Gewinne – merkwürdigerweise handelte es sich bei diesen Geschäften nur um Gewinne – sind den Herren in bar ausbezahlt worden.“⁶⁴

63 Generalanzeiger vom 13.4.1933.

64 Ratinger Zeitung vom 13.4.1933.

In einem späteren Prozess, bei dem Lehr der Hauptbeschuldigte war, fiel das Lügengerüst in sich zusammen: Die Vorwürfe vom Frühling erwiesen sich als falsch, Lehr musste freigesprochen werden.

An dem Morgen, an dem sich die Zeitungen reißerisch an der öffentlichen Hetzjagd beteiligt hatten, waren von den drei Verhafteten nur noch zwei am Leben. Der als sensibel und bisweilen als melancholisch geltende Kämmerer hatte sich am Morgen des 13. April in seinem Haftraum im Rathaus durch Erhängen das Leben genommen.⁶⁵

Die Stadt gab den Suizid des Verhafteten bekannt, woraufhin am 14. April unzählige regionale und überregionale Zeitungen nahezu gleichlautend darüber berichteten, so etwa die „Velberter Zeitung.“⁶⁶ Der spätere Verwaltungsbericht von 1936 hielt schlicht fest: „Dr. Odenkirchen ist am Tage nach seiner Verhaftung freiwillig in den Tod gegangen.“⁶⁷

Der Historiker Hans-Peter Görden hat später davon geschrieben, dass Odenkirchen „nervenleidend gewesen sein und daher in einem Anfall von Depression Selbstmord begangen haben“ soll. Es erscheine daher zweifelhaft, aus der Tatsache des Suizids ein Schuldbekenntnis abzuleiten.⁶⁸ In einem Interview hat Odenkirchens Tochter Annette die sehr persönlichen Eindrücke geschildert und damit auch offenbart, was die Verhaftung und das Treiben in den Suizid mit der Familie gemacht haben: Am späten Abend des 12. April, der Kämmerer war erst kurze Zeit in seiner Zelle, wollte dessen Frau Ottilie ihn noch besuchen.

„Und da konnte meine Mutter ihn nicht besuchen, das wollte sie unbedingt, dann hat aber mein Vater nach seinem ältesten Sohn gefragt, er sollte kommen und da hat meine Mutter gesagt, ja, ich gebe ihm Tabletten mit, zur Beruhigung, das ist das Motiv, dass sie hinging, und da haben sie ihn aber nicht vorgelassen, da hat er ihn nicht sehen können, und die Tabletten auch nicht abgeben können und dann hat meine Mutter [noch einmal gefragt, aber] dann wurde eben gesagt, er hätte sich erhängt und da konnte meine Mutter das nicht glauben und sie sagte ‚Nein, ich will auf jeden Fall meinen Mann mal sehen.‘ Dann ist ihr das entschieden verwehrt worden, das ging gar nicht, er sähe entsetzlich aus, schrecklich aus. Da hat sie gesagt, das macht mir gar nichts [...].

65 STA Düsseldorf-Mitte, Urk.-Nr. 892/1933. In einigen Details anders bzw. abweichend stellt es ein Artikel in der „Volksparole“ dar, der am 16.4.1933 erschien.

66 Velberter Zeitung vom 14.4.1933.

67 Verwaltungsbericht Düsseldorf 1933–1936 (wie Anm. 18), S. 6.

68 Hans-Peter Görden, Düsseldorf und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1969, S. 55.

Es ist aber nicht genehmigt worden. Das alles erfuhren wir auch so, als Kinder, dass das so gelaufen war.“

Sie erklärte auch, dass ihr Vater im Frühjahr 1933 gewisse Vorahnungen und Befürchtungen gehabt habe:

„Vor allen Dingen [war] mein Vater [...], bevor er verhaftet wurde, als gerade Hitler [an die Macht kam] schon in großer Panik, und hat eines Tages uns [...] Kinder, die wir irgendwo spielten, zusammenrufen lassen. Nur mein jüngerer Bruder, der war nicht dabei. Und da hat er uns in den Arm genommen und geküsst und da strömten seine Augen weinend, und das war für mich schrecklich, der Vater, der immer so freundlich und wohlwollend [war], dass der auf einmal so schreckliche Sachen sagte: ‚Ich werde auf dem Rathausplatz baumeln.‘ Es war so furchtbar [die Vorstellung] dieses Baumeln des Vaters auf dem Rathausplatz, das war erschütternd.“⁶⁹

Ob diese Erinnerungen von den tatsächlichen Ereignissen überlagert waren und sich erst im Nachhinein aus der Rückschau so zusammensetzten, sei dahingestellt. Die Erinnerungen der Tochter lassen jedoch den Schluss zu, dass die persönliche und familiäre Situation des Kämmerers durch die nationalsozialistische Machtübernahme enorm belastet gewesen sein muss – schon viele Wochen vor dem 12. April. Der Familienvater und Stadtkämmerer Odenkirchen wurde auf dem Düsseldorfer Südfriedhof beigesetzt. „Seine Frau und seine drei Kinder bewahren ihm Liebe und Treue bis über den Tod hinaus“, hieß es in der Sterbeanzeige der Familie.⁷⁰

Während Lehr, der inzwischen aufgrund eines Haftbefehls vom 2. Mai in das Untersuchungsgefängnis in Düsseldorf-Derendorf gebracht worden war, im Spätsommer der Prozess gemacht wurde,⁷¹ wurde Sparkassendirektor Vogt nach eini-

69 Sammlung der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, GED-27-001-100.088: Interview von Angela Genger mit Annette Gruenter, geb. Odenkirchen aufgenommen am 29.10.1997 in Düsseldorf. Auf Grund der Vorkommnisse 1933 stellte Familie Odenkirchen Wiedergutmachungsanträge, die sich im Stadtarchiv Düsseldorf erhalten haben: STA 0-1-32-307.0003 und 0-1-32-307.0004. Für diesen Hinweis danke ich Dr. Benedikt Mauer.

70 Sammlung der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, GED-27-302-300.001.

71 Volksparole vom 4.5.1933. Die Anklageschrift erging am 9.9.1933. Vgl. auch Bastian Fleermann: Ulmer Höhl. Das Gefängnis Düsseldorf-Derendorf im Nationalsozialismus, Düsseldorf 2021, S. 107–111.

gen Wochen aus der „Schutzhaft“⁷² entlassen – wohl auch, weil die „Beweislage“ gegen ihn sich als außerordentlich dünn erwiesen hatte. Ähnliches ergab sich für Lehr selbst: Korruption und Misswirtschaft, wie die Nationalsozialisten im Frühjahr laut getönt hatten, waren ihm nicht nachzuweisen. Das Strafverfahren wurde im August 1934 eingestellt.⁷³

In Lehrs Nachlass haben sich Schreiben des SA-Führers Hermann Lohbeck erhalten, die nicht nur über interne Streitigkeiten der SA Auskunft geben, sondern auch einen Blick auf die Motivation der örtlichen Nationalsozialisten im Frühling 1933 zulassen.⁷⁴ Für Standartenführer Lohbeck war es klar, dass

„sich in der SA und in der nationalsozialischen [sic] Bevölkerung Düsseldorfs eine tiefgreifende Missstimmung eingefressen hatte. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Verhältnisse in Düsseldorf im Grunde nicht anders seien als in Köln, dass hier nur der Unterschied bestände, dass der Düsseldorfer Oberbürgermeister dem Parteibuch nach Deutschnational, während der Kölner Oberbürgermeister Zentrum war. Die Korruptionsfälle, die in Köln nach der Beurlaubung Adenauers aufgedeckt wurden[,] würden in Düsseldorf nach einer Beurteilung Lehrs nach unseren Feststellungen sich genau bestätigen.“

Lohbeck und seine Leute waren

„allgemein der Meinung, dass Gauleiter Florian diese Säuberung offiziell von sich aus nicht durchführen könne [...], dass wir ihm also den besten Dienst erweisen würden, wenn wir als SA und politische Leitung des Kreises Düsseldorf von uns aus die Initiative zur Erledigung Lehrs in die Hand nehmen würden. Eine Begründung für diese Anschauung fanden wir in einer Äußerung, die Gauleiter Florian [...] getan hat: ‚Das Tor ist etwas aufgemacht, es liegt jetzt an Euch es vollends zu Öffnen.‘“

Für die SA stand fest, „dass [Oberbürgermeister Lehr] in seiner Kommunalpolitik und in seinen Amtshandlungen durchweg nur vom Zentrum und der S. P. D. gedeckt wurde“. Dies gelte auch für Lehrs Beigeordnete, so Lohbeck in seiner rückblickenden Stellungnahme.

Was für Gauleiter Florian Mitte April hingegen alleine zählte, war die Tatsache, dass bereits wenige Wochen nach der Machtübernahme drei unliebsame Bei-

72 Kölnische Zeitung vom 29.7.1933.

73 Först, Robert Lehr (wie Anm. 58), S. 284.

74 STA Düsseldorf, 4-27-3-25.0000, Bl. 1–10.

geordnete und der verhasste Oberbürgermeister „weg“ waren und er mit dem am 13. April eingesetzten kommissarischen Oberbürgermeister Dr. Hans Wagenführ (NSDAP), der als Regierungsrat eilig vom Finanzamt Düsseldorf-Nord herbeigeholt wurde, einen Rathauschef in Düsseldorf hatte, auf den er fortan zählen konnte.⁷⁵ Noch einmal sei hier aus den Erinnerungen des städtischen Beamten Froemmig zitiert:

„Gegen 10.00 Uhr erschien am 13. April 1933 der Regierungsrat Dr. Hans Wagenführ, der am 12.4.1933 noch als Stadtverordneter tätig gewesen war und übernahm die Geschäfte des Oberbürgermeisters, zunächst kommissarisch! [...] Am 20. April 1933 stellte der Staatskommissar Gauleiter Florian den neuen Oberbürgermeister auf dem Rathausbalkon der Bürgerschaft vor. – Züge der SS, SA und der Schutzpolizei waren mit klingendem Spiel aufmarschiert. Dr. Wagenführ hielt eine kurze Ansprache, in der er darlegte, wie er sein Amt führen wolle.“⁷⁶

2.4 Die Beurlaubung des Beigeordneten Heinrich Jäker

Im krassen Gegensatz zu den drei Fällen Reuter, Haas und Odenkirchen stand das geradezu geräuschlose Ausscheiden des einzigen Sozialdemokraten aus dem Verwaltungsvorstand: die Beurlaubung Heinrich Jäkers. Als er Ende März beurlaubt und schließlich am 26. September 1933 aus „politischen Gründen“ nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen wurde, war Jäker fast 64 Jahre alt, also ohnehin beinahe im Ruhestandsalter.

Das sang- und klanglose „Verschwinden“ Jäkers erstaunt umso mehr angesichts der Tatsache, dass er alles andere als ein farbloser Verwaltungsbeamter gewesen war: Der 1869 im westfälischen Soest geborene Heinrich Jäker, Sohn eines Schneidermeisters, hatte 1883 bis 1886 das Klempnerhandwerk gelernt und von 1891 bis 1893 dem Infanterie-Regiment Nr. 87 angehört. 1896 ließ er sich in Düsseldorf nieder, wo er schnell Anschluss an die Gewerkschaftsbewegung und die SPD bekam. Nachdem er bereits seit 1898 als erster Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverband in Düsseldorf tätig gewesen war, wurde er 1904 fester Angestellter dieser Organisation. Ab 1918 war er Stadtverordneter. Schon bald machte er auch Karriere in der Reichspolitik. Im Januar 1919 wurde Jäker in die Weimarer Nationalversammlung gewählt, in der er bis zum Juni 1920 den Wahlkreis 23 (Düsseldorf) vertrat. Von 1920 bis 1924 vertrat er als direkt gewähl-

⁷⁵ Wagenführ wurde am 14.8.1933 offiziell in sein Amt „gewählt“ und eingeführt.

⁷⁶ STA Düsseldorf, 0-1-23-481.0000.

ter Abgeordneter den Wahlkreises 26 (Düsseldorf-West) im Berliner Reichstag.⁷⁷ Im März 1924 wurde Jäker schließlich Dezernent und SPD-Beigeordneter der Stadt Düsseldorf.

Anders als bei seinen Amtskollegen gab es bei Jäkers Ausscheiden keine flankierende Pressekampagne, die „Westdeutsche Landeszeitung“ vermeldete am 29. März 1933 lediglich einsilbig: „Düsseldorf, 28. März. Wie wir erfahren, wurde am Montag der der Sozialdemokratischen Partei angehörende Beigeordnete Jäker auf Grund einer allgemeinen Verfügung aus Berlin beurlaubt.“⁷⁸ Auch der später aufgesetzte Verwaltungsbericht schwieg zu dieser Personalie. Die Gründe dafür, dass die Nationalsozialisten ihn als SPD-Mitglied und ehemaligen Reichstagsabgeordneten, der noch dazu als Mitglied der Nationalversammlung die den Nationalsozialisten so verhasste Weimarer Reichsverfassung mitbestimmt hatte, weder öffentlich kritisierte noch einer umfassenden Demütigung unterzog, wie es bei Reuter, Haas und Odenkirchen geschehen war, sind nicht zu ermitteln.

Seiner Personalakte⁷⁹ ist zu entnehmen, dass er am 26. September 1933 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war; erst mit Vollendung des 65. Lebensjahres am 22. September 1934 war die Versetzung in den Ruhestand endgültig. Jäker erhielt lediglich 75 Prozent seines Ruhegehaltes. Ende Juli 1936 denunzierte die Gauleitung ihn beim Oberbürgermeister, weil er nicht Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) werden wollte.

„Der frühere Beigeordnete der Stadt Düsseldorf, Heinrich Jäker, Lindenstrasse 240, soll nach Mitteilung meines Ortsgruppenleiters Düsseldorf-Flingern von der Stadt Düsseldorf Pension beziehen. Er weigert sich aber hartnäckig, der NS-Volkswohlfahrt beizutreten.“

Trotz des Drucks trat er der NSV nicht bei. Den Rest der NS-Zeit lebte er zurückgezogen. Jäker verstarb am 8. Januar 1949 in der Düsseldorfer Provinzial-Heil- und Pflgeanstalt Grafenberg, wie seine Sterbeurkunde ausweist. Warum er dort war und woran er erkrankt war, ist unbekannt.

77 Wilhelm Matull, *Der Freiheit eine Gasse. Geschichte des Düsseldorfer Arbeiterbewegung*, Düsseldorf 1980, S. 77; Martin Schumacher, *M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus*, Düsseldorf 1991, S. 308 f.

78 Westdeutsche Landeszeitung vom 29.3.1933.

79 STA Düsseldorf, 0-1-5-17319. Ein amtliches Foto hat sich in der Sammlung des Düsseldorfer Stadtmuseums erhalten (SMD.F 16012).

3. Die nationalsozialistische Verwaltungsspitze nach den „Säuberungen“

Die am 4. April 1933 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengekommene Stadtverordnetenversammlung tagte an diesem Tag zum ersten und letzten Mal. Das wichtigste Düsseldorfer Gremium der kommunalen Selbstverwaltung wurde de facto aufgelöst und durch einen „Hauptausschuss“ mit elf Mitgliedern ersetzt, in dem einige Wochen später nur noch Nationalsozialisten vertreten waren und der die Wünsche des Gauleiters Florian in dessen Rolle als „Staatskommissars für Düsseldorf“ willfährig abnickte und ausführte. Mit der neuen Gemeindeverfassung, die am 1. Januar 1934 in Kraft trat, wurden schließlich Stadtvertretung und Hauptausschuss endgültig aufgelöst. An ihre Stelle traten 24 berufene „Stadträte“ sowie verschiedene Beiräte, die keinerlei politische Bedeutung besaßen. Der Oberbürgermeister als Leiter der Verwaltung blieb in Düsseldorf bis 1945 eine ebenso blasse wie schwache Figur: Dies ist für Wagenführ, aber auch für ausnahmslos alle Nachfolger – Otto Liederley (1937), Dr. Helmut Otto (1937–1939), Carl Haidn (1939–1945) und Werner Keyßner (1945) – festzuhalten.

Dem nationalsozialistischen Oberbürgermeister Wagenführ standen aus der „alten“ Stadtleitung die verbliebenen Beigeordneten Thelemann (Statistik, Standesamt, Kämmerei), laut Peter Hüttenberger „ein tüchtiger und erfahrener städtischer Beamter aus der Kaiserzeit, der im Grunde die gesamte Verwaltung zusammenhielt, denn es zeigte sich bald, daß der neue Oberbürgermeister überfordert war“;⁸⁰ Prof. Dr. Theodor Herold (Schulamt); Robert Meyer (Bauverwaltung) und Dr. Wilhelm Füllenbach (Rechtsamt) zur Seite. Thelemann war zum Ersten Beigeordneten („Bürgermeister“) aufgerückt. Er verstarb im Sommer 1936.⁸¹ Füllenbach wurde im Januar 1937 Kämmerer.⁸² Neu hinzugekommen waren 1933 der altgediente Nationalsozialist Horst Ebel, der die unkonventionellen Bezeichnungen „Verwaltungsdezernent“ oder „Hilfs-Dezernent“ erhielt und dem mit dem Haupt- und Personalamt für die weitere Durchdringung und „Säuberung“ der Stadtverwaltung ein ganz entscheidender Bereich unterstand, sowie der Beigeordnete Dr. Alfred Schappacher (NSDAP), der das Wohlfahrtsamt verantwortete und der fortan als nationalsozialistischer „Hardliner“ die Pflichtarbeit für Erwerbslose forcierte, Langzeitarbeitslose als „Asoziale“ stigmatisierte und

80 Peter Hüttenberger, Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Bd. 3. Die Industrie- und Verwaltungsgeschichte (20. Jahrhundert), Düsseldorf 1990, S. 471.

81 Bonner Generalanzeiger vom 29.6.1936.

82 Rheinisches Volksblatt vom 12.1.1937.

„Faulenzer“ in Konzentrationslager deportieren ließ.⁸³ Beide, Ebel und Schappacher, wurden am 20. April kommissarisch bestellt.⁸⁴ Es gab im Januar 1934 noch einen Nachrücker: Der 30-jährige Hanns Windgassen, der als „Stellvertreter des Staatskommissars für Düsseldorf“ und als „Leiter der Gau-Rechtsschutzabteilung“ Florian bei der spektakulären Festnahme Lehrs und Odenkirchens begleitet hatte, wurde ebenfalls Dezernent und Beigeordneter der Stadtverwaltung.⁸⁵ Als im Sommer 1938 Windgassen als Erster Beigeordneter nach Osnabrück wechselte, schrieb die „Münsterländische Volkszeitung“, Windgassen habe, nachdem dieser „vom Gauleiter zu seinem Sachbearbeiter und Stellvertreter bestimmt wurde, [...] in dieser Eigenschaft die in den kommunalen Kreisen Deutschlands bekannt gewordene Bereinigung des Beamtenkörpers der Stadt Düsseldorf durchgeführt“.⁸⁶ Der 1905 geborene Ebel, der zudem Kulturdezernent und Leiter des Presseamtes wurde, war seit 1924 NSDAP-Mitglied und seit 1929 ehrgeiziger Stadtssekretär mit Aufstiegsambitionen. Ebel war Florians ergebene „rechte Hand“ innerhalb der Verwaltung, erstattete dem Gauleiter umgehend Bericht und hatte schon im Frühjahr 1933 bei den hier beschriebenen „Säuberungen“ im Verwaltungspersonal eine ganz entscheidende Rolle gespielt. Florian, Ebel und Windgassen waren im schmutzigen kommunalpolitischen Kampf um die Macht im Düsseldorfer Rathaus die eigentlichen Gewinner.

Als regelrecht peinliche Ironie der Geschichte lässt sich das lesen, was nur vier Jahre später mit den neuen „Machthabern“ an der Verwaltungsspitze geschah: Oberbürgermeister Wagenführ, der 1933 als „Aufräumer“ und Kämpfer gegen die angebliche Korruption angetreten war, geriet in den Strudel der großen Affäre um Stadtsteuerinspektor und SA-Sturmführer Erich Esch und dessen verschwundene Millionenbeträge. Esch und Wagenführ waren, so stellte sich im Laufe der staatsanwaltlichen Ermittlungen im Frühling 1937 heraus, gute Freunde gewesen, der eine hatte den anderen in die Stadtverwaltung geholt und als Leiter des Steueramtes installiert. Nun ermittelte die Kriminalpolizei in Privatwohnungen und Büros, Esch landete für 15 Jahre im Zuchthaus, und Wagenführs Zeit als Oberbürgermeister war vorbei. Wagenführs Strippenzieher und Protegé, Gauleiter Flo-

83 Vgl. zu Schappacher Bastian Fleermann (Hg.), *Die Kommissare. Kriminalpolizei in Düsseldorf und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1920–1950*, Düsseldorf 2018, S. 94 f. Er war im Herbst 1933 zum besoldeten Beigeordneten bestellt worden, siehe *Welt am Sonnabend* vom 14.10.1933.

84 *Westdeutsche Landeszeitung* vom 21.4.1933.

85 Windgassen wurde am 15.1.1934 zum Verwaltungsdezernenten ernannt. Die Dezernenten wurden fortan als „Stadträte“ bezeichnet. Vgl. *Verwaltungsbericht Düsseldorf 1933–1936* (wie Anm. 18), S. 44.

86 *Münsterländische Volkszeitung* vom 30.7.1938.

rian, und dessen verlängerter Arm im Rathaus, Ebel, waren stark angeschlagen. Dafür hatte eine mächtige Koalition aus Oberpräsident Josef Terboven, Regierungspräsident Carl C. Schmid, Polizeipräsident Fritz Weitzel und Akteuren aus der Reichskanzlei gesorgt. Für Florian und Ebel sollte der „Esch-Skandal“ eine „bittere Niederlage“ (Peter Hüttenberger) werden.⁸⁷ Die vorgeblichen Saubermänner hatten sich in interne Konflikte, Schmiergeldaffären und Kumpanei verklebt.

4. Schlussbemerkungen

Der Ende September 1933 aus der Haft entlassene und schwer kranke frühere Oberbürgermeister Lehr verbrachte den Rest der NS-Zeit als Privatier. Er verkehrte in katholischen und konservativen Zirkeln, die zum Teil als „Kölner Kreis“ Kontaktnetzwerke zum Widerstand knüpften oder direkt opponierten. Hier kamen auch Persönlichkeiten wie Adenauer, Hensel oder Arnold wieder zusammen. Sie alle gehörten 1946 in der Britischen Zone zum Gründungspersonal der CDU und zu wichtigen Akteuren des neuen Landes Nordrhein-Westfalen sowie der späteren Bundesrepublik. Auch Lehr begann 1945/46 ein neues politisches Leben: 1946 bis 1947 war er Landtagspräsident in Düsseldorf, 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates sowie ab 1949 Bundestagsabgeordneter. Gekrönt wurde seine zweite Karriere von der Amtszeit als Bundesinnenminister, die er von 1950 bis 1953 absolvierte und in der er als Bekämpfer der frühen Neo-Nationalsozialisten – so etwa mit seinen erbitterten Auseinandersetzungen mit dem Wehrmachtsoffizier Otto Ernst Remer oder mit der rechtsextremen Kleinpartei „Sozialistische Reichspartei“ – markante Impulse setzte.⁸⁸

An die Ereignisse von 1933 dürfte Lehr dabei vermutlich zurückgedacht haben. Auch in unserer Rückschau erscheint es mindestens erstaunlich, sowohl wie

⁸⁷ Hüttenberger (wie Anm. 81), S. 516–520.

⁸⁸ Vgl. Brigitte Kaff, Robert Lehr (1883–1956). Bundesinnenminister, in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg im Breisgau 2004, S. 337–343; Eleonore Sent, Dr. Robert Lehr (20.8.1883–13.10.1956). Düsseldorf Oberbürgermeister, Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz und Bundesinnenminister, in: *Düsseldorfer Jahrbuch. Beiträge zur Geschichte des Niederrheins* 78 (2008), S. 88–115. Zu Lehrs Aktivitäten als Innenminister siehe Claudia Fröhlich, *Der Braunschweiger Remer-Prozess 1952. Zum Umgang mit dem Widerstand gegen den NS-Staat in der frühen Bundesrepublik*, in: *KZ-Gedenkstätte Neuengamme* (Hg.), *Schuldig. NS-Verbrechen vor deutschen Gerichten* Bremen 2005, S. 17–28; Martin Will, *Ephorale Verfassung. Das Parteiverbot der rechtsextremen SRP von 1952*, Thomas Dehlers Rosenburg und die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 2017.

schlicht als auch wie rasch die Verwaltung umgebaut wurde: Es waren keine verfassungsrechtlichen Finessen oder komplexe arbeitsrechtliche Winkelzüge, die hier angewandt wurden. Viel eher sorgte eine rohe Mischung aus öffentlichem Rufmord in den Presseorganen, tätliche Attacken und Misshandlungen und die verbreitete Furcht vor neuen Eskalationen dafür, dass gestandene Verwaltungsleute innerhalb weniger Wochen aus dem Weg geräumt wurden. Das dürfte auch Eindruck auf die im Verwaltungsvorstand verbliebenen Amtsträger gemacht haben: Sie waren es, die nun den Ämterbetrieb der Stadtverwaltung bis 1945 aufrechterhielten – wohlwissend, dass kleinste Anzeichen der Opposition zur sofortigen Ausschaltung hätten führen können.